

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

Die Verhandlungen während der Wiener Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) fanden im Januar 1989 ihren Abschluss. In einer Rede vor dem "Kollegium", einem Beratungsgremium der Stasi-Oberen, ordnete Minister Erich Mielke die Unterzeichnung des Abschlussdokuments und deren Folgen für die Staatsicherheit ein.

Die SED-Führung hatte noch im Dezember 1988 auf einem Plenum des Zentralkomitees bekräftigt, dass es in der DDR auf gar keinen Fall zu einer Übernahme der Reformpolitik Gorbatschows, von "Perestroika" und "Glasnost", kommen dürfe. Das bestätigte die Stasi-Oberen in ihrem Glauben, dass Widerspruch aus der Gesellschaft repressiv begegnet werden müsse.

Aber die DDR agierte international als Teil des Ostblocks und war wirtschaftlich zunehmend von der Bundesrepublik abhängig. Im Ostblock öffnete sich die Führungsmacht, die Sowjetunion, langsam in Richtung Westen. Gerade in den Wochen zu Beginn des Jahres 1989 waren die Verhandlungen bei der Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in eine entscheidende Phase getreten. In Wien, wo diese Verhandlungen stattfanden, hatte sich die sowjetische Vertretung, ebenso wie die ungarische und die polnische Delegation, darauf verständigt, den westlichen Forderungen nach stärkerer Beachtung der Menschenrechte entgegenzukommen: Gewährung von Informations- und Reisefreiheit und die Zulassung von Bürgerrechtsgruppen. Die DDR-Führung hatte lange versucht, dem entgegenzusteuern, musste schließlich aber einlenken und das Abschlussdokument ebenfalls unterzeichnen.

Wie bitter die internationale Lage für Erich Mielke, den langjährigen Minister für Staatsicherheit, war, zeigt seine Rede vor dem "Kollegium" des Ministeriums. Mielke schilderte in der Rede einige der Motive, die die DDR-Führung dazu brachten, das Abschlussdokument trotz starker Bedenken zu unterzeichnen. Es waren Differenzen mit anderen sozialistischen Ländern und es war die Angst vor internationaler Isolation. Der Minister für Staatsicherheit machte zudem deutlich, dass die DDR nicht gewillt war, die eingegangenen Verpflichtungen auch zu erfüllen. Alles müsse "im Rahmen der nationalen Gesetzgebung verwirklicht" werden. "Helsinki-Gruppen", wie die Bürgerrechtsgruppen in dem Abschlussdokument genannt werden, würden in der DDR "entsprechend einer zentralen Entscheidung" (eine Umschreibung für eine Anweisung, die Erich Honecker selbst erteilt hatte) nicht zugelassen.

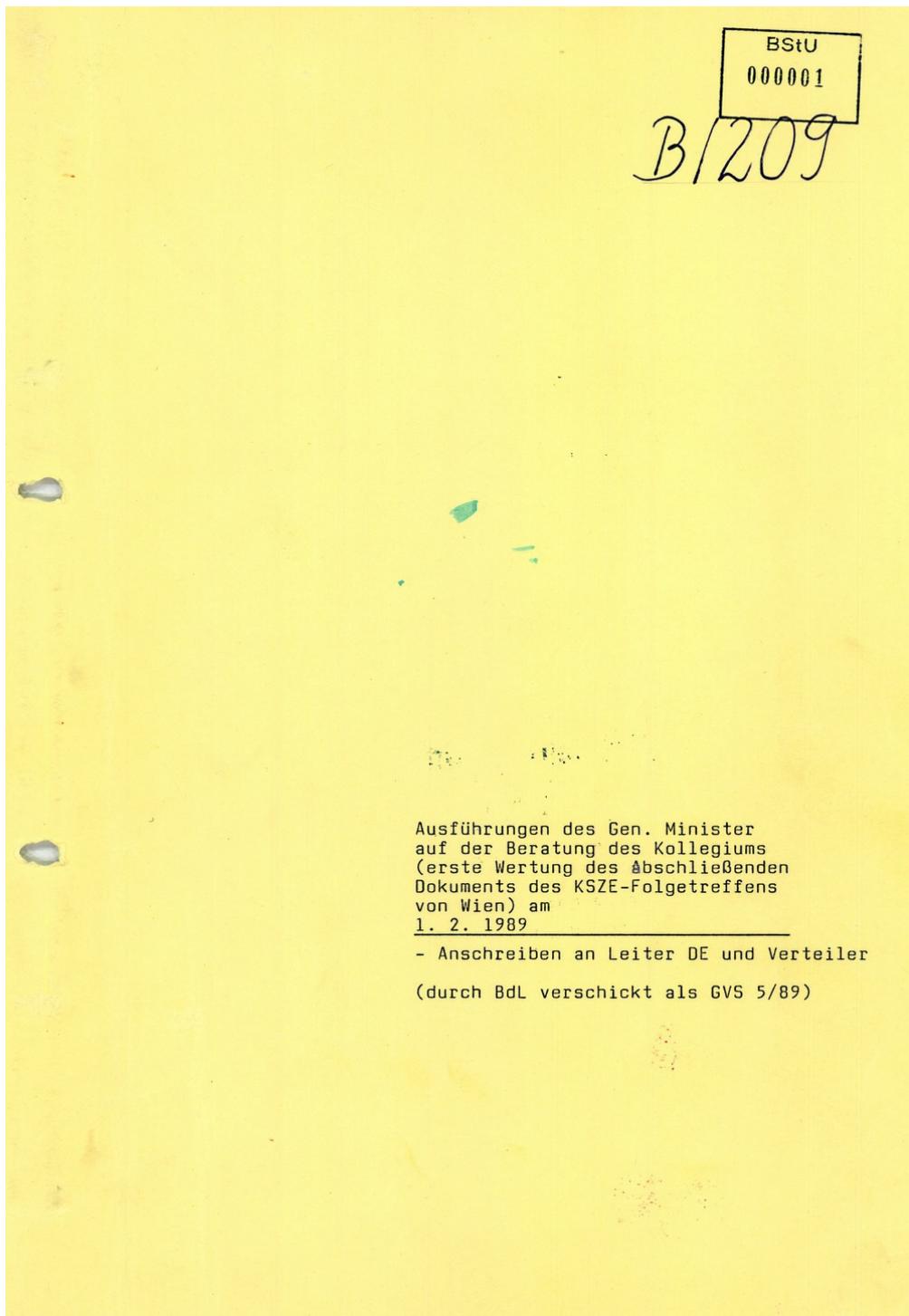
Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 1-64

Metadaten

Diensteinheit: Minister für
Staatsicherheit
Rechte: BStU

Urheber: MfS
Datum: 1.2.1989
Überlieferungsform: Dokument

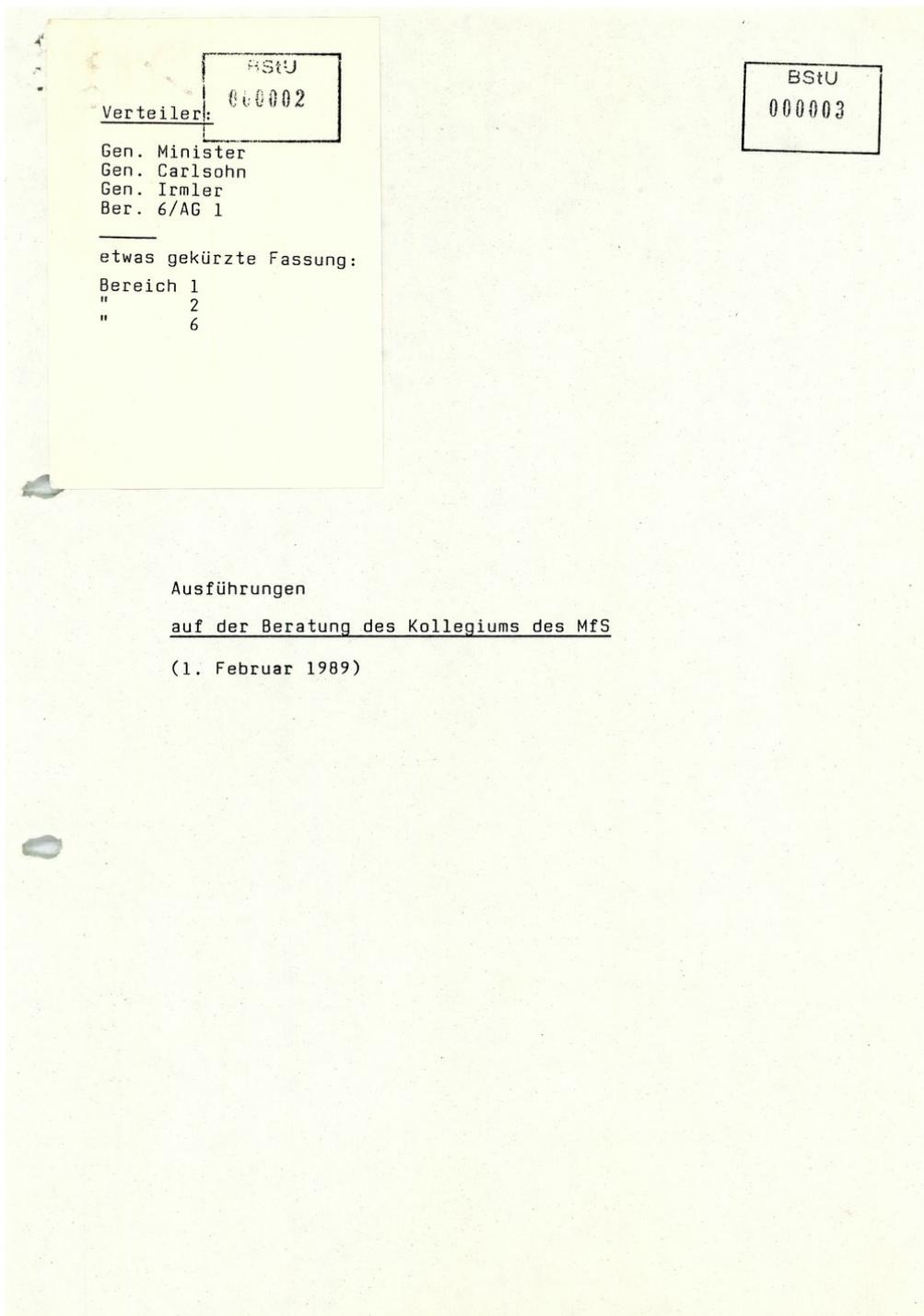
Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 5342, Bl. 1-64

Blatt 1

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien



Signatur: BArch, MfS, ZAIG, Nr. 5342, BL 1-64

Blatt 2 - 3

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000004

2

Genossen!

Die heutige Kollegiumssitzung wurde kurzfristig einberufen, um in diesem Kreis eine erste Wertung des Abschließenden Dokuments des KSZE-Folgetreffens von Wien vorzunehmen und auf einige sich daraus ergebende grundsätzliche Schlußfolgerungen und Aufgaben für die politisch-operative Arbeit hinzuweisen.

Durch unsere Partei- und Staatsführung wurden die auf dem Wiener Treffen erzielten Ergebnisse entsprechend gewürdigt. Das unterzeichnete Abschlußdokument ist das umfassendste Dokument des KSZE-Prozesses nach der Schlußakte von Helsinki. Es ist bedeutsam für die Weiterführung der Friedensstrategie des Sozialismus, für die weitere Durchsetzung der Politik der Entspannung und der Festigung der internationalen Sicherheit - und zwar nicht nur in Europa.

Bekanntlich konnten die jetzt vorliegenden Ergebnisse erst in langwierigen und komplizierten Verhandlungen, nur in harter Auseinandersetzung erzielt werden. Sie sind Ausdruck der beiden Klassenlinien in der internationalen Politik.

Von Beginn des Wiener Treffens an waren die sozialistischen Staaten bestrebt, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa voranzubringen. Es ging um die Vereinbarung und Festlegung weiterer praktischer Maßnahmen

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000005

3

- zur Festigung der politischen Entspannung und
- zur Materialisierung der militärischen Entspannung.

Die Ergebnisse von Wien bestätigen die Richtigkeit dieser von uns verfolgten Linie, die Richtigkeit der Politik des Dialogs mit allen realistischen Kräften, die wie wir für die Abwendung der Gefahr einer nuklearen Katastrophe, für die Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit eintreten. Der Generalsekretär unserer Partei, Genosse Erich Honecker, hob auf der Sitzung des Thomas-Müntzer-Komitees hervor: "Ohne die aktive Mitarbeit der DDR, ohne ihre Kompromißbereitschaft, ihre Vermittlung wäre das Wiener Treffen nicht zu einem erfolgreichen Abschluß gekommen, erst recht nicht, wenn man in Betracht zieht, daß manche die Menschenrechte im Munde führen, sie aber in ihren Ländern mit Füßen treten."

Die DDR-Delegation hatte gemäß der Direktive der Partei- und Staatsführung für ihr Auftreten auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien ihre Anstrengungen u. a. darauf zu konzentrieren

- entsprechend der vereinbarten Linie der Staaten des Warschauer Vertrages ein komplexes Mandat für die 2. Phase der Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa zu vereinbaren, einschließlich von Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte und Rüstungen in Europa;

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000006

4

- bezüglich der Menschenrechte und Grundfreiheiten offensiv die prinzipielle Position der DDR darzulegen und in diesem Zusammenhang die Errungenschaften und Leistungen der DDR bei der Verwirklichung der Grundrechte und Freiheiten der Menschen in der sozialistischen Gesellschaft überzeugend zu propagieren, wobei der unabdingbare Zusammenhang zwischen der Notwendigkeit der Sicherung des Friedens und der Durchsetzung grundlegender Menschenrechte zu begründen war;
- bei der Behandlung der Fragen des Austausches auf dem Gebiet der menschlichen Kontakte, der Information, der Kultur und Bildung offensiv und dynamisch aufzutreten, wobei die Sicherheitsinteressen der DDR zu wahren und zu gewährleisten waren, daß der Prinzipienkodex, insbesondere das Recht der Staaten, ihr politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei zu wählen sowie ihre Gesetze und Verordnungen selbst zu bestimmen, respektiert wird.

Unter diesem Gesichtspunkt legte die DDR dar, welche umfangreichen Leistungen bei der Umsetzung der KSZE-Dokumente erzielt wurden und trat mit konstruktiven Vorschlägen alle Bereiche der KSZE betreffend auf, mit dem Ziel, die Schlußakte nicht nur zu verteidigen und zu erhalten, sondern ihre Bestimmungen sowie das auf vorangegangenen Folgekonferenzen Erreichte im Interesse sozialistischer Außenpolitik in allen Richtungen weiterzuentwickeln.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000007

5

Die DDR trat in diesem Zusammenhang konsequent gegen Bestrebungen der NATO/EG Staaten auf, die Debatte über Menschenrechts- und humanitäre Fragen zur sogenannten Generalabrechnung mit den sozialistischen Staaten wegen angeblicher Verletzungen der Menschenrechte umzufunktionieren. Sie vertrat beharrlich den Standpunkt, ideologische Differenzen nicht auf die zwischenstaatlichen Beziehungen durchschlagen zu lassen. Sie trat dafür ein, die aus der Gegensätzlichkeit der Gesellschaftssysteme resultierenden unterschiedlichen Werte und Wertvorstellungen über Menschenrechte und Grundfreiheiten zu respektieren.

Gleichzeitig wies sie jede Form der Einmischung in die inneren Angelegenheiten sozialistischer Staaten zurück.

Wir sind dabei bis an die Grenzen des Möglichen gegangen.

Nach gründlicher und verantwortungsbewußter Beratung auf den entsprechenden Ebenen haben wir solchen Forderungen zugestimmt, die weitgehend durch die nationale Gesetzgebung, z. B. die Verordnungen über Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland bzw. zur Gewährung des ständigen Wohnsitzes für Ausländer in der DDR und zur Eheschließung von Bürgern der DDR mit Ausländern, abgedeckt sind. Bekanntlich erfolgte aus diesen Gründen die Inkraftsetzung der genannten Rechtsvorschriften auch noch vor dem Abschluß des Wiener Treffens.

Wir können es als einen großen Erfolg der sozialistischen Staaten werten, daß es gelang, gemäß ihrem Vorschlag erstmals Fragen der konventionellen Abrüstung in Europa in den KSZE-Prozeß einzubeziehen, gegen den Widerstand der Feinde der Abrüstung.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000008

6

Das wird positive, weltweite Wirkung haben auf die Aktivierung der Friedenskräfte, der Kräfte der Vernunft und des Realismus.

Klarheit muß aber auch darüber bestehen, daß das Abschlußdokument nicht nur für uns Positives enthält. Es ist ein Kompromiß, der erhebliche Zugeständnisse der sozialistischen Länder beinhaltet. Dazu werde ich dann noch konkreter sprechen. Das bezieht sich, bezogen auf die DDR, vor allem auf Formulierungen zum Mindestumtausch und zu den sogenannten Helsinki-Überwachungsgruppen. Durch uns wurde eine wirkliche, aber in der gegebenen realen Lage nicht zu erreichen gewesene Ausgewogenheit angestrebt. Die DDR hat dem Abschließenden Dokument aber letztlich im übergeordneten Interesse der Fortführung der sozialistischen Friedensoffensive zugestimmt. Dabei gilt, was in der Presseerklärung nach Abschluß des Wiener Treffens festgestellt wurde (siehe ND vom Sonnabend, 21. Januar 1989): Alles wird im Rahmen der nationalen Gesetzgebung verwirklicht!

Ich muß hier aber auch noch folgendes sagen:

Im Verlaufe des Wiener Treffens zeigten sich bei den Staaten des Warschauer Vertrages differenzierte Auffassungen darüber, in welchem Maße westlichen Forderungen, besonders im humanitären Bereich, entgegenzukommen sei, obwohl offensichtlich wurde, daß besonders seitens der NATO/EG und der anderen kapitalistischen Staaten diese Fragen aus der staatlichen Souveränität der sozialistischen Staaten herausgelöst werden sollten, um sie als nutzbares Einmischungsinstrumentarium zum Schaden für den Sozialismus zu mißbrauchen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000009

7

Während sich die Sowjetunion, vor allem aber Ungarn und Polen, auch Bulgarien für weitere Zugeständnisse in Menschenrechts- und humanitären Fragen aussprachen, um den Weg für Verhandlungen zur konventionellen Abrüstung zu ebnen, wurde seitens der DDR sowie Rumäniens bis in die letzte Phase der Verhandlungen die Notwendigkeit unterstrichen, im Zusammenhang damit keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten zuzulassen.

Die DDR hat sich, wie bereits gesagt, im Verlaufe des KSZE-Prozesses stets vom übergeordneten Interesse leiten lassen und große Kompromißbereitschaft gezeigt. Das gilt auch für das Wiener Treffen. Kein Kompromiß darf jedoch, so die unumstößliche Auffassung der DDR, einer Einmischung in innere Angelegenheiten Vorschub leisten.

Das immer weniger einheitliche Auftreten der Staaten des Warschauer Vertrages während des KSZE-Folgetreffens, besonders wurde das im unterschiedlichen konzeptionellen Herangehen der einzelnen sozialistischen Staaten an Menschenrechts- und humanitäre Fragen deutlich, führte letztlich dazu, daß die NATO-/EG- sowie neutrale kapitalistische Staaten ihre Vorschläge zu den Fragen der Menschenrechte im Schlußdokument weitgehend durchsetzen konnten.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000010

8

Mit anderen Worten - die Verknüpfung von konventioneller Abrüstung mit Menschenrechtsfragen wurde seitens des Westens zur Erpressung genutzt. Und nüchtern muß eingeschätzt werden, daß das in großen Teilen auch gelungen ist.

Unsere Positionen zu diesen Fragen fanden bei den anderen Staaten des Warschauer Vertrages keine Unterstützung, so daß die DDR-Delegation, um nicht als einzige den Konsens verweigern zu müssen, letztlich keine Einwände gegen den Entwurf des Abschlußdokumentes erhab.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000011

9

Zusammenfassend muß ich hier offen sagen, damit keinerlei Illusionen aufkommen: Obwohl erstmals Fragen der konventionellen Abrüstung in Europa in den KSZE-Prozeß einbezogen werden konnten, müssen wir davon ausgehen, daß die USA und andere NATO-Staaten nicht an raschen Ergebnissen bei den Abrüstungsverhandlungen interessiert sind. Wir haben uns vielmehr auf einen längeren Zeitraum und auf harte Auseinandersetzungen einzustellen. Andererseits gelang es den NATO- und EG-Staaten, mit den Festlegungen im "humanitären Bereich" ein sofort gegen die sozialistischen Staaten nutzbares Einmischungsinstrumentarium zu erreichen.

Genossen!

Notwendig ist, sich umfassend mit dem Inhalt des Dokuments vertraut zu machen, um die sich daraus ergebenden jeweiligen politisch-operativen Konsequenzen, die jetzt schon absehbaren Aufgaben herauszuarbeiten.

Ich möchte hier darauf verweisen, daß mit dem Abdruck von Auszügen im ND am 21. Januar 1989 alles veröffentlicht wurde, was substantielle Bedeutung hat, was politisch wichtig ist. Der hauptsächliche Inhalt wurde publiziert, z. B. die Prinzipien und Aussagen, die zu den einzelnen Bereichen getroffen wurden. Nicht veröffentlicht wurden im wesentlichen bestimmte Detailfragen bzw. Modalitäten und Verfahrensweisen zur Realisierung, Berichte über stattgefundene Expertentreffen oder auch zum Teil Aussagen, die die DDR nicht berühren. Wir haben also alles Wesentliche bekanntgemacht, was vom Westen nicht unbedingt gesagt werden kann. Dennoch fehlt es nicht an Versuchen, uns bereits wieder ungerechtfertigte Weglassungen, Veränderungen usw. zu unterstellen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000012

10

Jeder von Euch hat verfolgt, wie während der gesamten Verhandlungen in Wien imperialistische Kräfte die sozialistischen Staaten angriffen, sich in die inneren Angelegenheiten einmischten, Forderungen stellten, Druck ausübten und dabei von den Medien durch Hetze und Verleumdung massiv unterstützt wurden.

Westliche Außenminister wie Shultz, Howe und Genscher nutzten selbst das Abschlußtreffen für extremistische Ausfälle und verleumderische Angriffe, besonders gegen die DDR.

Und sicherlich war auch die Erklärung des Genossen Schewardnadse nicht dazu angetan, derartige Ausfälle entschieden zurückzuweisen. Insbesondere war es nicht zweckmäßig, vor diesem Forum einzuschätzen, daß das Wiener Treffen am "eisernen Vorhang gerüttelt, seine rostigen Halterungen geschwächt" habe, wie die gegnerischen Angriffe unter Nutzung dieser Aussage zeigen.

Nach dem Wiener Treffen ist eine weitere Steigerung der Hetze und Verleumdung zu verzeichnen. Dabei werden immer deutlicher Versuche erkennbar, zwischen den sozialistischen Staaten zu differenzieren, Sowjetunion, Ungarn, Polen auf der einen, DDR, CSSR und Rumänien auf der anderen Seite.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000013

11

Wir haben auch weiterhin mit massiven Versuchen der Differenzierung, des Gegeneinanderausspielens unserer Länder zu rechnen, unter Nutzung vorhandener unterschiedlicher Positionen zu einigen Fragen und des nicht immer einheitlichen Auftretens. Zunehmende Angriffe sind vor allem gegen die DDR und gegen die Beziehungen DDR - Sowjetunion zu erwarten, d. h. der Druck auf die DDR wird sich noch verstärken.

Wir müssen auch auf Bestrebungen des Gegners eingestellt sein, die Ergebnisse des Treffens maximal für das weitere Vorgehen gegen uns auszunutzen und zu mißbrauchen.

Vorrangig sind bereits jetzt folgende Hauptrichtungen erkennbar:

- Die Absicht, das Schlußdokument in das Konzept der "Überwindung der Teilung Europas" und der "Annäherung der beiden Europa", in die Zielstellung der Bonner Politik einzuordnen, die "Einheit und Freiheit Deutschlands im Rahmen einer freien, gesamteuropäischen Friedensordnung", wie von der Wilms erklärt, langfristig zu erreichen und es dafür entsprechend einzusetzen und zu mißbrauchen;

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000014

12

- Tendenzen in Richtung Liberalisierung, Demokratisierung und Pluralismus westlicher Prägung zu fördern; dabei, besonders unter Nutzung der Aussagen zu Menschenrechten und Grundfreiheiten sowie zu humanitären Fragen, die Menschenrechtsdemagogie weiterzuführen und zu forcieren und sich verstärkt in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen. Wir haben auch damit zu rechnen, daß imperialistische Kreise in den nächsten Jahren weitere Festlegungen zu diesen Fragen zu erreichen versuchen werden. (Bekanntlich drei Treffen über die "Menschliche Dimension der KSZE" vorgesehen, und zwar noch 1989, dann 1990 und 1991.);

- es wird ein reguläres Einmischungsrecht aus dem Dokument abgeleitet; auch sollen weitere Forderungen, u. a. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit im bürgerlichen Sinne, durchgesetzt werden;

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000015

13

- zu erwarten ist eine unmittelbare Verbindung von Menschenrechtsproblemen mit der Gewährleistung der Sicherheit in Europa, d. h. Maßnahmen zur Respektierung der Menschenrechte sollen zur Voraussetzung und zum Bestandteil weiterer Fortschritte auf dem Gebiet der Sicherheit gemacht werden.

Erkennbar sind des weiteren Bestrebungen,

- einen "Widerspruch" zwischen Abschlußdokument und Praxis in den sozialistischen Staaten, besonders der DDR, nachzuweisen und propagandistisch zu nutzen,
- oppositionelle und andere antisozialistische Kräfte in unseren Ländern noch stärker zu fördern und zu unterstützen (sogenannte unabhängige und alternative Organisationen, Verbände, Vereine, Klubs, Gruppen und Gruppierungen - antisozialistische Elemente und solche, die für antisozialistische Ziele einsetzbar/geeignet erscheinen);
- besonders solche Zusammenschlüsse zu inspirieren, die als KSZE-Überwachungsgruppen oder ähnliche Gruppen wirksam werden sollen (die für das Abschlußdokument gefundene Formulierung zu dieser Frage läuft im Prinzip auf dasselbe hinaus).

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000016

14

Wir müssen beachten, daß es dabei um ein ungehindertes Wirken, um eine legale Tätigkeit feindlicher, oppositioneller Kräfte gehen soll.

Verstärkt wurden auch die Angriffe

gegen die Grenzsicherung der DDR, gegen die Grenzsicherungsanlagen (die sogenannte Mauer-Problematik rückt immer mehr in den Mittelpunkt der Ausfälle und Verleumdung), die als im Widerspruch zur Politik europäischer Zusammenarbeit und guter Nachbarschaft stehend bezeichnet werden, sowie

gegen die Mindestumtauschregelungen und die Verordnungen zum Reiseverkehr - sie würden nicht den "Verpflichtungen" im Abschlußdokument entsprechen.

In diesem Zusammenhang äußern westliche Politiker die Auffassung, in diesen Fragen gäbe es jetzt mit dem Wiener Dokument ein Berufungsrecht. Offen brachte die Wilms vor der Friedrich-Ebert-Stiftung u. a. zum Ausdruck, daß vor allem die Verbesserung der Menschenrechte zum "innerdeutschen Gesprächsgegenstand" gemacht werden müsse.

Solche Fragen sollten künftig nicht nur Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzungen mit der DDR sein, sondern auch "legitim" zu Themen bilateraler Gespräche auf allen Ebenen, bis zu den privaten Kontakten, und der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR gemacht werden, und zwar auch mit Unterstützung antisozialistischer Kräfte im Innern der DDR.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000017

15

Ich mache auf diese Angriffsrichtungen auch deshalb aufmerksam, weil wir nirgendwo Illusionen zulassen dürfen.

- die Situation wird durch Wien nicht leichter, sondern noch komplizierter.

Höchste Wachsamkeit ist geboten!

Genossen!

Nun etwas detaillierter zu einigen inhaltlichen Schwerpunkten des Abschlußdokuments.

Wichtigstes Ergebnis des Wiener Treffens für die sozialistischen Staaten ist

- die Vereinbarung eines Mandats für die am 6. 3. 1989 beginnenden Verhandlungen zwischen den Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages und der NATO über konventionelle Streitkräfte in Europa sowie

- das Mandat für die Fortsetzung der Verhandlungen der 35 KSZE-Staaten über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000918

16

Das entsprach dem generellen Ziel der sozialistischen Staaten, keine Pause im Abrüstungsprozeß zuzulassen und zu echten Reduzierungen von Streitkräften und konventionellen Rüstungen - Bewaffnung und Ausrüstung - zu gelangen. Es geht also konkret um Abrüstung auf konventionellem Gebiet auf dem gesamten Kontinent, vom Atlantik bis zum Ural, sowie um die Beseitigung der Fähigkeit zum Überraschungsangriff und zur Auslösung großangelegter offensiver Handlungen auf beiden Seiten. Dieses Ziel soll durch echte Reduzierungen von Streitkräften und konventionellen Rüstungen erreicht werden, ohne andere Maßnahmen auszuschließen.

Ich habe bereits auf vorangegangenen Dienstbesprechungen mehrmals betont, daß der konventionellen Abrüstung immer größere Bedeutung zukommt, da auch konventionelle Waffen verheerende Wirkung haben können, die der Wirkung nuklearer Waffen nahe kommt. Es ist äußerst bedeutsam, daß es den Gegnern der Abrüstung nicht gelang, das Mandat zu verhindern. Wichtig ist auch, daß gegen den Widerstand einiger NATO-Staaten die Waffensysteme doppelter Verwendung, d. h. konventionell und nuklear verwendbare Waffen, in die Verhandlungen mit einbezogen werden. Jedoch werden Kernwaffen, chemische Waffen und die Seestreitkräfte aufgrund der Ablehnung durch die NATO nicht zum Gegenstand dieser Verhandlungen gehören. Was es bedeutet, diese wichtigen militär-strategischen Potentiale nicht einzubeziehen, bedarf sicherlich keiner Erläuterung.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000019

17

Was die Ausarbeitung weiterer vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen betrifft, so soll damit die Gefahr einer militärischen Konfrontation in Europa verringert werden.

Eine wesentliche Aufgabe unseres Ministeriums muß darin bestehen, die Positionen der NATO und einzelner NATO-Staaten zu den erwähnten Verhandlungen, ihre damit verbündeten Ziele und Absichten, Forderungen und auch Winkelzüge sowie von ihnen ausgehende Hindernisse und Hemmnisse umfassend aufzuklären und zu analysieren. Das gilt auch für alle Versuche, die Verhandlungen zu unterlaufen, die Rüstungspolitik weiterzuführen und in diesem Bereich immer neue vollendete Tatsachen zu schaffen (Modernisierung des Kernwaffenpotentials und der konventionellen Waffen in Europa, vor allem der atomaren Kurzstreckenraketen der NATO, Entwicklung neuer Waffensysteme.)

Es geht unverändert um die Verhinderung von Überraschungen auf diesem und auf allen anderen Gebieten der Rüstung.

Wichtig ist auch die Aufklärung der internen Reaktionen der NATO bzw. der NATO-Länder auf die einseitigen Abrüstungsmaßnahmen der UdSSR, der DDR u. a. sozialistischer Länder, die in letzter Zeit angekündigt wurden.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000020

18

In den genannten Richtungen sind durch die Hauptverwaltung A und weitere verantwortliche Diensteinheiten weitergehende Überlegungen anzustellen und konkrete Aufgabenstellungen herauszuarbeiten.

Diesem Kreis möchte ich auch mitteilen, daß auf Beschuß des Politbüros durch eine Arbeitsgruppe, in der das Ministerium für Staatssicherheit mitarbeiten wird, die sich aus den Festlegungen des Wiener Treffens für das weitere Vorgehen der DDR im Rahmen des KSZE-Prozesses ergebenden Schlußfolgerungen zu analysieren sind.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000021

19

Einige Bemerkungen zu den im Abschlußdokument formulierten "Prinzipien".

Die im Abschnitt "Prinzipien" enthaltenen Aussagen sind von grundsätzlicher Bedeutung für die Realisierung des gesamten Wiener KSZE-Schlußdokuments.

Weshalb?

1. Es gelang gegen den Widerstand der NATO/EG-Staaten, daß die zehn Prinzipien der Helsinki-Schlußakte als Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung erneut bekräftigt wurden.
Dazu gehören bekanntlich u. a. folgende Prinzipien:

- Souveräne Gleichheit und Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte,

- Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt,

- Unverletzlichkeit der Grenzen,

- territoriale Integrität,

- Nichteinmischung in innere Angelegenheiten,

- Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000022

20

Damit wurde erreicht, die NATO/EG-Staaten in stabile Koexistenzbedingungen einzubinden, um Fragen der Sicherheit und Entspannung zu einem lebensfähigen Prozeß zu machen, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den KSZE-Staaten zu fördern sowie weitere Fortschritte bei der Stärkung des Vertrauens und der Sicherheit zu erreichen. Die darin liegenden Möglichkeiten muß man richtig sehen und erkennen und durch uns umfassend nutzen.

2. Seitens der sozialistischen Staaten - und daran hat die DDR einen maßgeblichen Anteil - konnte durchgesetzt werden, daß alle Teilnehmerstaaten das Recht jedes Teilnehmerstaates achten werden, sein politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei zu wählen und zu entwickeln sowie sein Recht, seine Gesetze und Verordnungen, seine Praxis und Politik zu bestimmen.

Das bedeutet, daß jeder Staat seine innere Ordnung selbst bestimmt und die Durchführung der Festlegungen des Wiener KSZE-Abschlußdokuments im Rahmen seiner Gesetze, Verordnungen, Praxis und Politik erfolgt. Damit ist der Grundsatz bestätigt, daß die Umsetzung der Festlegungen des Wiener KSZE-Abschlußdokuments in die nationale Gesetzgebung durch die freie souveräne Entscheidung der Teilnehmerstaaten vorgenommen wird.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000023

21

Ausgehend davon gab der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR am 20. 1. 1989 die prinzipielle Erklärung ab, wonach die DDR das in Wien Vereinbarte im Rahmen ihrer nationalen Gesetzgebung ausfüllen wird.

Bekräftigt wurde diese Aussage im Abschnitt "Prinzipien" des weiteren durch die Feststellung, daß alle Völker kraft des Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker jederzeit das Recht haben, in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen.

Diese Aussagen werden für uns die Grundlage bilden, bestimmte Festlegungen des Schlußdokuments, nur entsprechend den konkreten Lagebedingungen der DDR zu realisieren bzw. keine entsprechenden Veränderungen vorzunehmen. Das betrifft z. B. die

"Sogenannten Helsinki-Überwachungsgruppen" und den "Verbindlichen Mindestumtausch".

Dazu dann noch einige Ausführungen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000024

22

Dabei darf es keine Illusionen geben, daß dies natürlich zu erheblichen Angriffen innerer und äußerer Feinde führen wird.

3. Die erstmalige Verankerung der Einheit und wechselseitigen Bedingtheit aller Menschenrechte in einem KSZE-Dokument schafft für die sozialistischen Staaten, insbesondere auch für die DDR, günstigere Voraussetzungen für die weitere Auseinandersetzung mit der imperialistischen Menschenrechtskonzeption. Bekanntlich sind die imperialistischen Staaten bestrebt, die Menschenrechte und darauf ausgerichtete Aktivitäten ausschließlich auf Bürgerrechte und politische Rechte einzuziehen und zu begrenzen. Das erfolgt einerseits, um mittels einer einseitigen, einer bürgerlichen Interpretation in der Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus die Konfrontation zu verschärfen, andererseits, um der internationalen Kritik an der Vernachlässigung oder Verletzung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte zu entgehen.

Dieser Politik des bewußten Ignorierens der Bedeutung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte kann und muß nunmehr gezielter entgegengewirkt werden.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BSU
000025

23

Die Teilnehmerstaaten werden aufgefordert, die Menschenrechte in ihrer Einheit zu verwirklichen. Es wird auf eine internationale Zusammenarbeit mit dem Ziel orientiert, die erforderlichen nationalen und internationalen Bedingungen zu schaffen, damit die Menschenrechte in ihrer Gesamtheit tatsächlich wahrgenommen werden können. Das betrifft insbesondere die Bereiche Beschäftigung, Wohnungswesen, soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Kultur, Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Das sind einige Aspekte, die durch die sozialistischen Staaten offensiv genutzt werden können und müssen und aus denen auch Schlußfolgerungen für die politisch-operative Arbeit zu ziehen sind. Eines muß klar sein: Maßstab bleiben für uns die Interessen der DDR, die Gewährleistung ihrer staatlichen Sicherheit und politische Stabilität, die Stabilität und Dynamik des Sozialismus insgesamt.

Das heißt eben auch, daß die Realisierung dieser Forderungen nur entsprechend den spezifischen Bedingungen in den einzelnen sozialistischen Ländern - also auch nur entsprechend den konkreten nationalen Bedingungen und Erfordernissen unserer Republik - erfolgen kann. Es kann doch nicht so sein, daß die weitgehenden Kompromisse, die seitens der sozialistischen Länder in Wien gemacht wurden, nun auch noch dazu führen, uns vorzuschreiben, wie wir im einzelnen die Realisierung der Festlegungen anzupacken und vorzunehmen haben.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000026

24

Grundsatz muß bleiben, daß jeder Staat seine innere Ordnung selbst bestimmen, sein "politisches, soziales, wirtschaftliches und kulturelles System frei wählen" und die Realisierung der Festlegungen des Wiener Treffens im Rahmen seiner Gesetze und Verordnungen, seiner Praxis und Politik vornehmen kann. An diesem Grundsatz muß unbedingt festgehalten werden, um die politische Stabilität und staatliche Sicherheit auch zukünftig zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang will ich auch noch auf folgendes aufmerksam machen.

Auf wesentliche Initiative der DDR wurde mit Beginn des Jahres 1986 die Erarbeitung einer Deklaration oder Konvention der sozialistischen Staaten über die Menschenrechte im Sozialismus in Angriff genommen. Ziel war es, erstmals in einem geschlossenen Dokument darzulegen, was wir unter Menschenrechte im Sozialismus verstehen. Damit sollte den westlichen Vorstellungen über Menschenrechte wirksam entgegengetreten werden, sollte besonders den mit der Menschenrechtsdemagogie verbundenen Einmischungsversuchen in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten ein Riegel vorgeschoben werden.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000027

25

Die jüngste Entwicklung zeigt aber, daß nun einige sozialistische Staaten (Polen, Ungarn, UdSSR) von diesem Vorhaben abrücken. Als Begründung wird angegeben, daß man den KSZE-Prozeß, die Verwirklichung des Abschlußdokuments von Wien nicht stören wolle. Gleichzeitig wird auch schon zum Ausdruck gebracht, daß man im Interesse des "europäischen Hauses" über gemeinsame europäische Standards in Menschenrechtsfragen nachdenken müßte. Das bedeutet doch praktisch, daß die bürgerlichen Menschenrechte nun auch für uns zu den entscheidenden Prämissen gemacht werden sollen. Dabei müßte doch eigentlich klar sein, welche prinzipiellen Unterschiede und Gegensätze zwischen den westlichen Auffassungen über die Menschenrechte, man kann auch sagen, zwischen der Menschenrechtsdemagogie, und dem Inhalt und der Verwirklichung der Menschenrechte im Sozialismus bestehen. Das wird aber offensichtlich nicht mehr so gesehen, und das kann meines Erachtens nicht richtig sein.

Ich halte es durchaus für gerechtfertigt und notwendig, daß wir bestimmen und das auch in entsprechenden Dokumenten fixieren müssen, worin die Menschenrechte im Sozialismus bestehen, welchen Zielen sie dienen und wie sie zu verwirklichen sind.

Und noch etwas möchte ich hier einflechten. Am 25. Januar veröffentlichte die "Prawda" einen Artikel eines sowjetischen Geschichtswissenschaftlers, in dem u. a. auf den Kapitalismus als einer faulenden und absterbenden Ordnung eingegangen wird.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000028

26

Neben vielen richtigen und guten Aussagen enthält er eben auch die Feststellung, man könne heute schwerlich bei einem Besuch in den USA oder in Japan den faulenden Kapitalismus sehen. Offensichtlich geht der Autor nicht mit offenen Augen durch die kapitalistische Welt, denn sonst hätte er die Gebrechen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung doch sehen müssen. Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Bettler, Armut vieler Menschen, Drogensüchtige sowie Rassendiskriminierung, Ausländerfeindlichkeit, mangelnde Gesundheitsfürsorge für die Werktätigen, Bildungsnotstand - um nur einige Erscheinungen zu nennen, sind doch mehr denn je an der Tagesordnung. Die elementaren Menschenrechte, die in unserem Land schon lange Wirklichkeit sind, müssen erst einmal von denen realisiert werden, die sich so gerne zum Wächter in Fragen der Menschenrechte aufschwingen, uns in dieser Hinsicht verleumden und diskreditieren. Wie gesagt, besonders solche Forderungen des Schlußdokuments sind durch uns weitaus offensiver zu nutzen.

Genossen!

Neben dem Positiven müssen wir aber auch einschätzen, daß es den NATO/EG-Staaten mit Unterstützung der neutralen kapitalistischen Staaten gelungen ist, eine Reihe ihrer Forderungen, vor allem zu den Fragen der Menschenrechte, im KSZE-Abschlußdokument, insbesondere auch im Abschnitt Prinzipien, durchzusetzen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000029

27

Das betrifft

- den verbindlichen Charakter der Vereinbarungen;
- die Schaffung eines verpflichtenden Mechanismus von bilateralen Treffen zur Lösung humanitärer Fälle;
- die Durchführung von Menschenrechtskonferenzen in Paris, Kopenhagen und Moskau zur Überprüfung der Menschenrechtsslage in den Teilnehmerstaaten;
- die detaillierte Ausgestaltung konkreter Durchführungsbestimmungen im Bereich der menschlichen Kontakte und der Information;
Besonders betrifft das aber
 - die erstmalige Übernahme des sogenannten Rechts auf Freizügigkeit aus der Internationalen Konvention über zivile und politische Rechte aus dem Jahr 1966 und
 - das Problem der Bildung und Tätigkeit sogenannter Helsinki-Überwachungsgruppen und die damit verbundene Feststellung, direkte Kontakte dieser Gruppen innerhalb der Teilnehmerstaaten sowie zwischen den Teilnehmerstaaten zu erleichtern.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000030

28

Unter Anlehnung an Artikel 12 Abs. 2 der vorstehend genannten Konvention wird festgestellt, daß die Teilnehmerstaaten das Recht eines jeden

"auf Ausreise aus jedem Land, darunter auch seinem eigenen, und auf Rückkehr in sein Land"

uneingeschränkt achten.

Dieses Recht darf keinerlei Einschränkungen unterliegen, mit Ausnahme jener, die im Gesetz verankert sind bzw. mit völkerrechtlichen Verpflichtungen der Staaten in Einklang stehen.

Bezogen auf die DDR heißt das, daß die in der Verordnung über Reisen von Bürgern der DDR in das Ausland vom 30. 11. 1988 enthaltenen Versagungsgründe, insbesondere bezüglich ihrer Anwendung bei Privatreisen und ständigen Ausreisen in das nichtsozialistische Ausland, diejenigen Einschränkungen darstellen, die in der nationalen Gesetzgebung der DDR verankert sind.

Es sind solche Versagungsgründe, die unter Beachtung des Artikels 12 Abs. 3 der Internationalen Konvention über zivile und politische Rechte zum Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung, Gesundheit oder Moral oder der Rechte und Freiheiten anderer notwendig sind und eine entsprechende Ausgestaltung in der Verordnung erfahren haben.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000031

29

Dieser Grundsatz findet auch seine Stütze in den Auslegungsprinzipien der UNO-Kommission für Menschenrechte, in denen festgelegt ist:

"Hinsichtlich der Ausübung von Menschenrechten wird keine Beschränkung gemacht, wenn sie nicht durch das im Land geltende, allgemeine Anwendung findende Recht vorgesehen ist, das mit der Konvention im Einklang steht und zum Zeitpunkt der Anwendung der Beschränkung in Kraft ist."

Insofern haben wir als DDR schon Argumente, die jedoch noch besser zur Geltung zu bringen sind. Eine klare und offensive Sprache war und ist noch immer das, was der Gegner am besten versteht. So vorzugehen ist um so notwendiger, da sich bereits jetzt zeigt, daß der Gegner, vor allem Einrichtungen und Kräfte der BRD, die Rechtsordnung der DDR und ihre Praxis zu diesen Fragen verstärkt angreifen und zu diskreditieren versuchen wird.

Gleiches trifft auf das Problem der Bildung und Tätigkeit sogenannter Helsinki-Überwachungsgruppen zu. Im Teil Prinzipien des Schlußdokuments ist die Aussage bezüglich der Achtung des Rechts von Personen enthalten, die Durchführung der KSZE-Bestimmungen zu beobachten und zu fördern und sich zu diesem Zweck mit anderen in den Teilnehmerstaaten bzw. zwischen den Teilnehmerstaaten zu verbinden - im Klartext, die Zulassung sogenannter Helsinki-Überwachungsgruppen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000032

30

Jedem hier ist klar, was sich unter sogenannten Helsinki-Beobachtungsgruppen verbirgt. Die Legalisierung von Aktivitäten sogenannter Helsinki-Überwachungsgruppen würde unter den konkreten Lagebedingungen der DDR erhebliche innen- und außenpolitische Wirkungen nach sich ziehen. Unter diesem Deckmantel würden sich staatsfeindliche Gruppen und Kräfte in der DDR legal organisieren können und offen durch den Gegner und seine Einrichtungen unterstützt unter angeblicher Wahrung der Menschenrechte sowie pseudopazifistischer Losungen mit öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR auftreten.

Daran ändern auch die im Schlußdokument enthaltenen Festlegungen zur Achtung der nationalen Gesetzgebung nichts, denn eine Unterbindung derartiger staatsfeindlicher Aktivitäten wäre nur mit Repressivmaßnahmen zu erreichen. Ein solches Vorgehen der Schutz- und Sicherheitsorgane und die Anwendung der geltenden Rechtsvorschriften zur strafrechtlichen Verfolgung derartiger Kräfte würde wiederum zu massiven feindlichen Verleumdungen führen.

Entsprechend einer zentralen Entscheidung werden wir deshalb eine Legalisierung der sogenannten Helsinki-Überwachungsgruppen in der DDR nicht zulassen und unsere diesbezüglichen Rechtsvorschriften so gestalten und anwenden, daß jegliches Tätigwerden dieser Gruppen verhindert wird.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000033

31

Wir stützen uns dabei, wie gesagt, auf die im Wiener Schlußdokument enthaltenen Bezugnahme auf die Achtung der nationalen Gesetze und Verordnungen, auf die Praxis und Politik durch alle Teilnehmerstaaten der KSZE.

In diesem Zusammenhang wird es notwendig sein, einiges neu zu überdenken, so z. B. die Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen vom 6. 11. 1975, ob sie den Erfordernissen noch entspricht. Zu prüfen ist auch, inwieweit eine eventuelle Neuregelung der Mitgliedschaft von Bürgern der DDR in Vereinigungen, die außerhalb der DDR ihren Sitz haben, notwendig ist.

Zum Problem Mindestumtausch.

Die Lage auf dem Wiener Treffen war so, daß im wesentlichen nur noch die DDR konsequent gegen die Aufnahme dieser die Souveränität verletzende Festlegung im Abschlußdokument auftrat.

Die Forderung der NATO/EG- und anderen kapitalistischen Staaten zur Herabsetzung bzw. Abschaffung des Mindestumtauschs hat nichts mit der europäischen Sicherheit zu tun. Ein solches Junktim herstellen zu wollen ist deshalb völlig unverständlich.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
00034

32

Im Teil ökonomische bzw. humanitäre Fragen sind Aussagen enthalten

zur schrittweisen Abschaffung der für ausländische Touristen bestehenden Erfordernisse, ein Minimum an Währung einzuwechseln, einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen bzw. die Möglichkeiten für eine schrittweise Herabsetzung und schließlich Abschaffung aller etwaiger Erfordernisse an Reisende, Landeswährung über tatsächliche Ausgaben hinaus zu erwerben, zu prüfen. Das soll vorrangig bei solchen Personen geschehen, die zum Zweck von Familienbegegnungen reisen. Es geht also im Endeffekt darum, den Mindestumtausch herabzusetzen bzw. abzuschaffen.

In der bereits angeführten Rede der Wilms wird gefordert, "daß der für menschliche Begegnungen hinderliche Mindestumtausch zugunsten der Reisenden korrigiert, seine Herabsetzung und schließlich Abschaffung in Erwägung zu ziehen und nicht lediglich zu überprüfen sind", wie das im "Neuen Deutschland" veröffentlicht wurde. In dieser Richtung gibt es zahlreiche weitere Äußerungen und Veröffentlichungen in den westlichen Medien.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000035

33

In der Tat versuchen die Gegner der DDR uns an einer schwachen Stelle zu packen und uns massiv international zu diskriminieren.

Unter Beachtung des umfangreichen Reise- und Besucherverkehrs und der damit verbundenen hohen ökonomischen Belastungen ist die Beibehaltung des Mindestumtausches für die DDR unverzichtbar. Ein Verzicht darauf würde - vor allem auch unter den Bedingungen des Spekulations- und Schwindelkurses, mit denen in der BRD und Westberlin unsere Währung, die Mark der DDR, gehandelt wird - zu schweren ökonomischen Schädigungen der DDR, gewissermaßen zur Ausplünderung führen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000036

34

In der DDR werden bekanntlich durch hohe Subventionen vor allem die Preise jener Waren und Dienstleistungen niedrig gehalten, die auch von Besuchern aus der BRD u. a. kapitalistischen Staaten in Anspruch genommen werden. Die Werk-tätigen der DDR sind nicht einverstanden, sich ausplündern zu lassen und für die Bürger der BRD zu arbeiten, die nach den Erklärungen Kohls das reichste Land Westeuropas ist. Im übrigen hat die DDR den Mindestumtausch bereits verringert. Für Kinder und Jugendliche wurde er abgeschafft, für Rentner halbiert. Nicht ausgegebene Geldmittel können bei Banken oder an den Grenzübergangsstellen hinterlegt werden und stehen dem Reisenden bei erneuter Einreise zur Verfügung.

Es ist klar, daß wir innerstaatlich unverändert an den bisherigen Regelungen zu den Problemen des Mindestumtauschs festhalten.

Zu einigen wesentlichen, politisch bzw. politsch-operativ zu beachtenden Gesichtspunkten im Zusammenhang mit dem Abschnitt über "Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt".

Dieser Abschnitt enthält einerseits nicht in allen Fragen die von der DDR-Seite angestrebten, für erforderlich gehaltenen Festlegungen bzw. Empfehlungen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000037

35

Er bietet andererseits jedoch eine Reihe von Ansatzpunkten, um die Politik der sozialistischen Staaten, darunter der DDR, zur Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie der weiteren Entwicklung wissenschaftlich-technischer Beziehungen stärkeren Nachdruck zu verleihen.

Das bezieht sich besonders auf solche Probleme wie

- Förderung der weiteren Entwicklung stabiler, ausgewogener Wirtschaftsbeziehungen im Interesse aller Staaten,
- Entwicklung günstiger Bedingungen für Handel und industrielle Kooperation,
- Fortsetzung der Bemühungen, Handelshemmnisse jeglicher Art abzubauen und schrittweise zu beseitigen (das müßte sich z. B. auf die Probleme COCOM-Liste, Importrestriktionen, Kontingentierungspolitik beziehen),
- Aktivitäten zur Erleichterung des internationalen Handels, insbesondere bei Erzeugnissen, die obligatorischen Prüfverfahren unterliegen, gegenseitige Anerkennung staatlicher Prüf- und Bescheinigungsverfahren und Förderung der Zusammenarbeit entsprechender Gremien.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000038

36

Bestimmte Ansatzpunkte auf wissenschaftlich-technischem Gebiet bieten sich auch aus der möglichen Einbeziehung neuer Gebiete in die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Das betrifft z. B. auch Bereiche der Medizin, Biotechnologie, Umwelttechnologie, um nur einige zu nennen.

So weit zu einigen ausgewählten, für uns nutzbare Festlegungen bzw. Empfehlungen.

Wir dürfen die Augen aber auch nicht davor verschließen, daß die Umsetzung des Dokumentes dem Gegner ebenfalls eine Reihe von Ansatzpunkten bietet und die Verwirklichung seiner Pläne und Absichten begünstigt.

Für das MfS ergibt sich daraus das generelle Erfordernis, uns auf mögliche neue Entwicklungen und Bedingungen rechtzeitig und richtig einzustellen und vorbeugend zu wirken, vom Gegner beabsichtigte "Einbrüche" rechtzeitig zu erkennen und vorbeugend zu unterbinden. Mehr denn je kommt es darauf an, die richtigen Weisungen zur Sicherung der Volkswirtschaft noch konsequenter umzusetzen, auf ihre Zweckmäßigkeit zu prüfen und gegebenenfalls auf neue Bedingungen auszulegen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000039

37

Gründliche Überlegungen sind in Vorbereitung auf die spezielle Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa (vom 19. März bis 11. April 1990 in Bonn) sowie das Umweltschutztreffen (vom 16. Oktober bis 3. November 1989 in Sofia) anzustellen. Darauf müssen wir uns einstellen und unsere Gedanken und Vorstellungen einbringen.

Heute möchte ich zunächst nur auf einige Probleme hinweisen, die unsere operative Aufmerksamkeit erfordern.

Das betrifft u. a. die vorgesehene Förderung direkter Kontakte von Geschäftsleuten, schon dieser Begriff ist vielseitig auslegbar, von potentiellen Käufern und Endabnehmern, die angestrebten Kontakte an Ort und Stelle zur Abwicklung beabsichtigter oder bereits angelaufener Geschäfte. Die ins Auge gefaßten Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen dieser Leute, z. B. hinsichtlich Akkreditierung, Kommunikationsmöglichkeiten, Vereinfachung von Visaerteilung und Zollabfertigung, werfen eine ganze Palette an operativen Problemen auf, die neu zu durchdenken sind. Ich verweise nur beispielhaft auf die konsequenteren Umsetzung der Realisierungskonzeption zur Aufklärung aus kommerziellen Gründen Einreisender und auf die Notwendigkeit, hier einen gewissen Zeitverlust schnellstens aufzuholen. Stärker denn je ist es notwendig, sogenannte schwarze Schafe herauszufinden, auf die wir unsere Kräfte und Mittel konzentrieren müssen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000040

38

Wachsende Bedeutung erhält der Geheimnisschutz.
Mit den Partnern des Zusammenwirkens ist jetzt noch stärker Einfluß auf Geheimnisträger, Reise-, Auslands- und Verhandlungskader zu nehmen, um ein Abfließen geheimzuhaltender Informationen nach Möglichkeit zu verhindern. Überhaupt müssen Fragen des Geheimnisschutzes auch bei vielen anderen Problemen eine wesentlich größere Rolle spielen.

In unsere operativen Überlegungen sind verstärkt die zukünftige Rolle kleinerer und mittlerer Betriebe, aber auch die Aktivitäten entstehender Marktbearbeitungsfirmen, die für sie günstigere Bedingungen anstreben, einzubeziehen (offizielle Tätigkeit möglicherweise Deckmantel, erstgenannte Betriebe erfüllten in Vergangenheit oftmals Aufträge imperialistischer Geheimdienste).

Bei der Bereitstellung umfassender wirtschaftlicher Informationen - einschließlich Angaben zur Zahlungsbilanz -, gilt es zu beachten, daß das angeblich damit verfolgte leichtere Erfassen von Marktchancen auch noch günstigere Möglichkeiten zum Erkennen von Ansatzpunkten für eine ökonomische Störtätigkeit bietet, eine Nutzung also gerade im umgekehrten Sinn erfolgen kann. Sorgfältige Prüfungen, was an Informationen herausgegeben werden kann, sind unabdingbar, und wir sollten in dieser Hinsicht unseren ganzen Einfluß geltend machen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000041

39

Der entsprechend dem Abschlußdokument anzustrebende freie Kommunikations- und Meinungsaustausch auf allen Ebenen des Bereiches Wissenschaft und Technik, die Herstellung direkter, individueller Kontakte zwischen Wissenschaftlern, Experten und Geschäftsleuten, die anzustrebende Erleichterung ungehinderter Verbindungen zwischen Universitäten und anderen höheren Bildungsanstalten und Forschungsinstituten sowie direkter persönlicher Kontakte zwischen Wissenschaftlern, Forschern und anderen in diesen Bereichen tätigen Personen bieten vielfältige Möglichkeiten der Abschöpfung, der politisch-ideologischen Beeinflussung, der Durchsetzung dem Gegner genehmer Forschungseinrichtungen. Es ist notwendig, die bisherigen Aufgabenstellungen zur Sicherung des Bereiches Wissenschaft und Technik, von Universitäten, Hoch- und Fachschulen sowie Forschungsinstituten zu prüfen, ob wir damit den wachsenden Anforderungen unter diesen Bedingungen noch gerecht werden.

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes ist für uns bedeutsam, die angestrebten Verbesserungen des Systems von Meßstationen - wie überhaupt in diesem Zusammenhang vorgeschlagene vielfältige Maßnahmen - daraus resultierende Möglichkeiten einschließlich des Mißbrauchs, gemeinsam mit den entsprechenden Partnern des Zusammenwirkens unter Kontrolle zu halten und feindlich-negative Aktivitäten zu unterbinden bzw. vorbeugend zu verhindern.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000042

40

Wesentliche Ansatzpunkte bietet auch die Festlegung, Bedingungen zu schaffen, die es interessierten Personen ermöglichen, geeignete Forschungsprogramme und -projekte auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, des gegenseitigen Vorteils durchzuführen.

Deutlich wird auch die gegnerische Absicht, die Rolle der "um Schutz und Sanierung der Umwelt bemühten Personen und Organisationen" aufzuwerten, indem deren Möglichkeiten erweitert werden sollen, quasi eine Anerkennung als selbständige Umweltschutz-Organisation neben staatlichen Einrichtungen erfolgen soll. Die Zusammensetzung und die Aktivitäten der unter diesem Deckmantel wirkenden feindlichen, oppositionellen Personenkreise in der DDR lassen keine Zweifel über deren Ziele. Sie können jetzt Morgenluft wittern und ihre Anstrengungen verstärken. Das stellt uns vor neue, komplizierte politisch-operative Aufgaben.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000043

41

Einige Bemerkungen zum Abschnitt "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen".

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß es hier den NATO- und EG-Staaten gelungen ist, ihre Vorstellungen und Vorschläge zu den Fragen Menschenrechte und Grundfreiheiten weitgehend im Schlußdokument durchzusetzen.

Folgende, im Prinzipienteil bzw. im Komplex "Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" des Abschlußdokumentes enthaltene Festlegungen berühren in besonderem Maße die Sicherheitsinteressen der DDR:

1. Das Recht von Personen, die Durchführung der KSZE-Bestimmungen zu beobachten und zu fördern, sich mit anderen zu diesem Zweck zusammenzuschließen sowie direkte Kontakte und Kommunikation zwischen diesen Personen innerhalb der Teilnehmerstaaten sowie zwischen Teilnehmerstaaten aufrechtzuerhalten. Zum Teil bin ich an anderer Stelle schon darauf eingegangen.

Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang besonders die Festlegung, daß Einzelpersonen ihre Informationsquellen frei wählen können und ihnen gestattet wird, alle Arten von Informationsmaterial zu erwerben, zu besitzen, zu reproduzieren und weiterzugeben.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000044

42

Diese Festlegungen zielen darauf ab, ein ungehindertes, legales Wirken feindlicher, oppositioneller Kräfte im Innern der DDR und in anderen sozialistischen Staaten, eine Internationalisierung dieser Kräfte zu ermöglichen und ihnen einen legalen Status, den Status eines Dialogpartners mit dem sozialistischen Staat im Rahmen des KSZE-Prozesses zu verleihen.

Das schließt auch die Absicht ein, ich verwies bereits darauf, bei uns sogenannte unabhängige Helsinki-Gruppen zu schaffen, die unbehindert Druck- und Vervielfältigungs erzeugnisse antisozialistischen Inhalts und Charakters herstellen, vervielfältigen und verbreiten können.

2. Das Recht auf uneingeschränkte Freizügigkeit für Reisen der Bürger, insbesondere ungehinderte Ein- und Ausreisen sowie Wiedereinreisen.

Diese Festlegungen zielen in ihrer Gesamtheit darauf ab, alle Fragen des Reiseverkehrs einschließlich ständiger Ausreisen unter dem Aspekt der uneingeschränkten Freizügigkeit zu regeln.

Bereits jetzt ist absehbar, daß der Gegner intensiv versucht, die durch uns geschaffenen Rechtsvorschriften vom 30. November 1988 an den entsprechenden Festlegungen im Abschlußdokument zu messen und - davon ausgehend - einen angeblichen Nachholbedarf für die DDR zu konstruieren.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000045

43

Ich werde auf diese Fragen, insbesondere hinsichtlich der bisherigen Erkenntnisse und Erfahrungen bei der Anwendung der neuen Rechtsvorschriften und die sich daraus ergebenden politisch-operativen Konsequenzen und Erfordernisse, in einer vorgesehenen Dienstbesprechung zurückkommen.

3. Die Festschreibung direkter, individueller Kontakte und ungehinderter Verbindungen von Personen, Gruppen, Einrichtungen, Institutionen u. ä. mit Partnern in anderen Staaten.

Damit sollen Voraussetzungen für eine wesentliche Erweiterung unkontrollierbarer Kontakte geschaffen werden, besonders von Jugendlichen, in den Bereichen Bildung/Erziehung, Wissenschaft, Kunst/Kultur, Sport sowie Kirchen und Religionsgemeinschaften. BRD-Politikern geht es - wie sie das selbst formulieren - um die Vermehrung und vor allem "bürgernähere Gestaltung" der Städtepartnerschaften, d. h. Verlagerung auf die Ebene breiter persönlicher Kontakte und Beziehungen, um die Entwicklung des Tourismus in beiden Richtungen, um mehr Sportbegegnungen, Erfahrungsaustausche und Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung und in anderen Berufsfeldern, um noch dichtere Kulturkontakte und noch reicheren Kulturaustausch - nicht nur auf Spitzenebene - bis hin zur Zulassung westlicher Tageszeitungen und politischer Zeitschriften in der DDR.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000046

44

4. Das Recht auf uneingeschränkte und unbehinderte Tätigkeit ausländischer Journalisten, ihr Zugang zu öffentlichen und privaten Informationsquellen sowie der Verzicht auf Ausweisung von Journalisten wegen des Inhalts der Berichterstattung.

Daraus erwachsen Gefahren

- für eine zunehmende subversive, ideologische Einflußnahme bzw. Einwirkung,
- für die gesteigerte Inspirierung feindlicher, oppositioneller Kräfte zu antisozialistischen und anderen gegen die sozialistische Staatsmacht gerichteten Handlungen,
- für eine verstärkte Abschöpfung geheimzuhaltender Informationen.

Ungeachtet der Tatsache, daß es den westlichen Ländern, insbesondere den NATO-Staaten, gelungen ist, im Schlußdokument ihre Vorstellungen zur Menschenrechtsproblematik weitgehend durchzusetzen, gilt jedoch das, was ich bereits prinzipiell dazu gesagt habe.

Durch das Wiener Dokument werden weder die gültige innerstaatliche Rechtsordnung und -praxis, noch die darauf basierenden dienstlichen Bestimmungen des MfS aufgehoben.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000047

45

Sie bilden auch in Zukunft die Grundlage unseres politisch-operativen Handelns. Dennoch gilt es, weitergehende Überlegungen anzustellen, wo Rechtsvorschriften und dienstliche Bestimmungen den veränderten Bedingungen und sich daraus ergebenden neuen Sicherheitserfordernissen anzupassen sind. Ich verweise in diesem Zusammenhang beispielhaft nochmals auf die Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen; zu prüfen sind aber auch die Veranstaltungsordnung (vom 30. 6. 1980) und die Anordnung über das Genehmigungsverfahren über die Herstellung von Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen (vom 20. 7. 1959).

Erforderlich sind auch Überlegungen und unsere tatkräftige Unterstützung bei einer eventuell notwendigen Modifizierung des Charakters und des Inhalts der Tätigkeit solcher gesellschaftlichen Organisationen, die verstärkt nutzbar gemacht werden müßten zur vorbeugenden Verhinderung des Wirksamwerdens äußerer und innerer Feinde. Das könnte z. B. das DDR-Komitee für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit und das Komitee für Menschenrechte der DDR betreffen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000048

46

Noch einige Orientierungen zur Durchsetzung des sozialistischen Rechts und zur konsequenten Wahrung der sozialistischen Gesetzlichkeit.

Die für jedermann sichtbare differenzierte Anwendung unserer Rechtsvorschriften gewinnt unter den veränderten Bedingungen zur Unterstützung der offensiven Friedens- und Dialogpolitik der Partei- und Staatsführung noch größere Bedeutung. Dabei ist in Rechnung zu stellen, daß sich für die DDR aus dem Abschlußdokument zum Beispiel die Verpflichtung ergibt, Auskunft auch über alle Ermittlungsverfahren an anfragende KSZE-Staaten zu geben, deren Inhalt gegenüber Drittstaaten und auf den geplanten drei Treffen über die "Menschliche Dimension" wie auch bei den KSZE-Nachfolgetreffen unterbreitet und bewertet werden darf.

Es ist deshalb gründlich zu durchdenken und zu prüfen, inwie weit wir durch differenzierte öffentlichkeitswirksame Maßnahmen diesen Erfordernissen noch besser gerecht werden können, ohne daß politischer Schaden entsteht. Entsprechende Vorstellungen und konkrete Vorschläge sind zu erarbeiten, so daß ich in der Lage bin, diese dann der Partei- und Staatsführung zu unterbreiten. Ich verweise nur beispielhaft auf solche Überlegungen wie

- rechtzeitig eigene Veröffentlichungen über erfolgte Zuführungen, Festnahmen bzw. Inhaftierungen, die im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen oder allgemeines Interesse finden können, zu veranlassen und damit dem Gegner die Möglichkeit zu nehmen, mit eigenen Meldungen als Erstinformierender in die Offensive zu gelangen,

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000049

47

- die Öffentlichkeit über den Fortgang und Ausgang von Untersuchungen zu interessierenden Straftaten und anderen bedeutsamen Vorkommnissen sachlich zu informieren und getroffene Entscheidungen erforderlichenfalls überzeugend zu begründen.

Weiter durchdacht und geprüft werden sollte auch, wie

- die Öffentlichkeit gerichtlicher Hauptverhandlungen - mit Ausnahme gesetzlich und sachlich begründeter Fälle der Gewährleistung von Staatsgeheimnissen - breiter durchzusetzen wäre,
- wie durch Teilnahme geeigneter gesellschaftlicher Kräfte ihre Ergebnisse offensiver für die Unterstützung der politischen und ideologischen Arbeit der Partei auszuwerten wären und
- wie die staatsbürgerlichen Mitwirkungsrechte im Strafverfahren noch konsequenter zu gewährleisten wären.

Mit einer solchen Arbeitsweise würde das Vertrauensverhältnis der Werkätigen zur Partei und zur sozialistischen Staatsmacht gestärkt, das Verständnis für und die Bereitschaft zur Unterstützung der Arbeit der Schutz- und Sicherheitsorgane erweitert und wirksam gegnerischen Bestrebungen vorgebeugt werden, die DDR der Verletzung von Menschenrechten und ihrer Verpflichtungen aus dem KSZE-Prozeß zu bezichtigen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000050

48

Ich erhebe hier auch erneut die Forderung, das sozialistische Recht - in Kombination mit oder als Ergänzung zu politischen und politisch-operativen Maßnahmen - in seiner gesamten Breite noch differenzierter und wirksamer zur Vorbeugung und Unterbindung feindlich-negativer Aktivitäten, zur Zersetzung von Personenzusammenschlüssen und zur Disziplinierung feindlich-negativer Kräfte anzuwenden.

Durch die Linie IX sind dazu weitergehende Überlegungen anzustellen.

Das betrifft beispielsweise die

- Klärung politisch sensibler Sachverhalte bei erforderlicher Vermeidung der Festnahme von Verdächtigen,
- schnelle und allseitige Aufklärung von Straftaten auch in den Fällen, in denen Ermittlungsverfahren ohne Haft zu bearbeiten sind, vor allem auch durch einen qualifizierten Erstangriff,
- strenge Maßstäbe an die Prüfung der Unumgänglichkeit der Untersuchungshaft,
- ständige Prüfung des Fortbestehens bzw. des Wegfalls der Gründe für die Untersuchungshaft.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000051

49

Ich unterstreiche aber mit allem Nachdruck:

Unter konkreter Beachtung der Rechtsvorschriften der DDR sind alle Maßnahmen zu treffen, um jederzeit eine stabile Lage zu gewährleisten. Nach wie vor werden wir öffentlich-wirksame Aktionen feindlicher, oppositioneller Kräfte, mit denen die DDR international diskriminiert werden kann, wirksam unterbinden, möglichst natürlich vorbeugend.

Handlungen unter Anwendung oder ernsthafter Androhung von Gewalt, Aufforderungen zur Gewaltanwendung oder zu entsprechenden Personenzusammenschlüssen, Herbeiführung von konkreten Nachteilen oder Gefahren für die staatliche Sicherheit oder die öffentliche Ordnung, von materiellen Schäden, aber auch Angriffe mit Schäden oder Gefahren für Leben oder Gesundheit von Menschen sowie Beeinträchtigungen der Freiheit und Würde von Menschen, insbesondere in Ausübung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit, sind weiterhin konsequent zu ahnden.

Generell kommt der Herausarbeitung und Dokumentierung des kriminellen Gehalts von Handlungen feindlich-negativer Kräfte besondere Bedeutung für eine wirksame Rechtsanwendung zu. Verstärkt sind deshalb solche Tatbestände anzuwenden, die diesen kriminellen Gehalt deutlich machen wie Geiselnahme, Angriff auf völkerrechtlich geschützte Personen, Nötigung, Bedrohung, Beleidigung, Verleumdung, Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch usw.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU

000052

50

Aus dem Wiener Schlußdokument ergibt sich - um auf ein weiteres Problem hinzuweisen - die Aufgabe, die Auslegung und Anwendung einiger Straftatbestände (besonders §§ 214, 219, 220 StGB betreffend) neu zu durchdenken.

Auch die Orientierung zur Strafverfolgung bestimmter Straftaten gegen die staatliche und öffentliche Ordnung vom Juni 1987 sollte im Zusammenwirken mit dem Generalstaatsanwalt und dem Obersten Gericht der DDR geprüft und, wenn erforderlich, Vorschläge zur Überarbeitung unterbreitet werden.

Zu diesen und anderen sich ergebenden weiteren neuen Erfordernissen sind seitens der Hauptabteilung IX in Abstimmung mit den zuständigen anderen Rechtspflegeorganen und Diensteinheiten des MfS die entsprechenden Vorschläge auszuarbeiten und mir vorzulegen.

Das alles muß natürlich unter Berücksichtigung der konkreten Pläne und des Vorgehens des Gegners, der konkreten Lagebedingungen und der absehbaren Tendenzen der Lageentwicklung erfolgen. Es muß in der erforderlichen Relation dazu stehen. Wenn von Politikern, von den aggressiven Kreisen der NATO-Staaten auf eine Verstärkung des Konfrontationskurses hingearbeitet wird - wie das teilweise auf der Wehrkundetagung in München offensichtlich wurde -, wenn scharfmacherische Forderungen gegenüber den sozialistischen Staaten erhoben und die politischen und ideologischen Einwirkungsversuche sowie die subversiven Angriffe gesteigert werden, dann dürfen wir auch nicht leichtfertig an evtl. Modifizierungen herangehen, uns nicht selbst entwaffnen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000053

51

Genossen!

Bereits jetzt zeichnet sich ab, wie auch bereits angeführt, daß der Gegner die in Wien erreichten Ergebnisse im KSZE-Prozeß für subversive Zwecke, für seine verstärkte Einmischungs- und Differenzierungspolitik gegenüber den sozialistischen Staaten zu nutzen und mißbrauchen versucht.

Liberalisierung, Demokratisierung und Pluralismus nach westlicher Prägung in sozialistischen Ländern zu erreichen bzw. zu vertiefen - darum geht es ihm vor allem.

Erklärte Absicht ist, die DDR und andere Bruderstaaten permanent politisch unter Druck zu setzen, immer weitergehende Zugeständnisse zu erreichen und uns insbesondere zur Veränderung der innerstaatlichen Gesetzgebung zu veranlassen.

Soweit bereits jetzt erkennbar, ist für das gegnerische Vorgehen gegen DDR typisch:

- Die Glaubwürdigkeit der Friedens-, Abrüstungs- und Dialogpolitik wird trotz aller konstruktiven Schritte unsererseits infrage gestellt mit der Behauptung, sie finde keine Entsprechung in der Innenpolitik. Damit verbunden ist das zunehmende Hochspielen von Fragen der sozialistischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie angeblicher Defizite in Fragen der Verwirklichung von Freiheit und Freizügigkeit westlicher Prägung für Menschen, Meinungen und Informationen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000054

52

- Mit der demagogischen Behauptung, mit dem abgeschlossenen Dokument seien jetzt entsprechende rechtliche Voraussetzungen gegeben, um legal auf innenpolitische Vorgänge in der DDR Einfluß zu nehmen, auf innenpolitische Veränderungen bei uns zu drängen, stellt der Gegner zunehmend Forderungen nach pluralistischer Demokratie und innenpolitischer Transparenz.
- Unter Bezugnahme auf die im Schlußdokument enthaltene Verpflichtung, administrative Hindernisse im grenzüberschreitenden Verkehr weiter abzubauen, Forderungen nach uneingeschränkter Freizügigkeit im Reise-, Touristen- und Besucherverkehr sowie bei Ein- und Ausreisen, einschließlich der Aufhebung jeglicher Beschränkungen, auch von entsprechenden Sperrmaßnahmen sowie Forderungen nach Formulierung von Rechtsansprüchen auf ständige Ausreise und damit verbunden nach Veränderung/Anpassung der Reise-Verordnung vom 30. 11. 1988.
- Auf der Grundlage der getroffenen Festlegungen, sogenannte Kontaktverbote weiter zu lockern, die Kontaktmöglichkeiten über abgeschlossene Abkommen, Verträge und Vereinbarungen hinaus breiter und vielfältiger zu entwickeln, werden zunehmend Forderungen nach direkten Bürgerkontakten unter Umgehung staatlicher Festlegungen, nach Veränderung bzw. Ergänzung bereits abgeschlossener Städte- u. a. Partnerschaftsvereinbarungen, insbesondere in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Bildung, erhoben.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000055

53

Hier sind auch Forderungen einzuordnen, die darauf abzielen, daß feindliche, oppositionelle Gruppierungen und Kräfte ungehindert wirksam werden, sich organisatorisch zusammenschließen und mit Feinden in anderen sozialistischen Staaten zusammenwirken können.

Das betrifft nicht zuletzt auch Forderungen nach Destabilisierung unseres Grenzregimes, vorrangig nach Durchlässigmachung unserer Staatsgrenze, unsere Grenzsicherungsanlagen zu Westberlin abzubauen und eine unkontrollierte Einreise in das Grenzsperrgebiet zu gestatten. Erklärte Absicht politischer Führungskräfte der BRD und Westberlins ist es, das gesamte Spektrum dieses Forderungskatalogs zum Gegenstand von Verhandlungen, des politischen Dialogs mit der DDR zu machen. Vom Umsetzen derartiger Forderungen soll die weitere Gestaltung und Bewertung der bilateralen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten abhängig gemacht, sollen wir damit permanent unter Druck gesetzt werden.

Das alles, die Entwicklung der politisch-operativen Lage erfordert in allen Verantwortungsbereichen höchste Wachsamkeit. In meinem Schreiben vom 23. 1. 1989 an die Leiter der Diensteinheiten habe ich grundsätzliche Aufgaben gestellt, von denen ich folgende nochmals wiederhole:

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000056

54

Die Leiter der Diensteinheiten haben die sorgfältige Einschätzung der politisch-operativen Lage in ihren Verantwortungsbereichen, einschließlich der Reaktion der Bevölkerung insgesamt sowie operativ bedeutsamer Personenkreise auf die Ergebnisse des Wiener Treffens und deren erste Wertung durch den Außenminister der DDR, zu gewährleisten.

Sie haben die erforderlichen Maßnahmen zur rechtzeitigen Aufklärung der Pläne, Absichten und Maßnahmen von Kräften des politischen Untergrundes, von Antragstellern auf ständige Ausreise bzw. Übersiedlungsersuchenden, von reaktionären Kirchenkräften sowie Angehörigen von unter dem Dach der Kirchen agierenden sogenannten Basisgruppen im Zusammenhang mit den Ergebnissen des Wiener Treffens einzuleiten und durchzusetzen.

Alle Hinweise sind durch konzentrierten Einsatz der Kräfte und Mittel kurzfristig zu überprüfen und zu klären. Es darf keinerlei Unterschätzung jeglicher Hinweise auf feindlich-negative Handlungen zugelassen werden. Das lehrt uns auch das Vorkommnis in Leipzig und - wenn auch in anderer Form - das Vorkommnis in Halle.

In enger Zusammenarbeit der zuständigen Diensteinheiten sind die erforderlichen Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung der Realisierung erkannter Pläne und Absichten sowie zur wirksamen Unterbindung feindlich-negativer Handlungen durchzusetzen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000057

55

Darüber hinaus haben die Leiter aller operativen Dienstestrukturen unverzüglich damit zu beginnen, die sich aus der nach dem Wiener Treffen entstandenen Lage für ihren Verantwortungsbereich ergebenden konkreten Sicherheitserfordernisse herauszuarbeiten und auf dieser Grundlage vorausschauend die politisch-operative Arbeit zu organisieren.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000058

56

Genossen!

Zu einem weiteren, sich aus der aktuellen Lage ergebenden bedeutsamen politisch-operativen Problem.

Bekanntlich gelang erstmalig einer ^{reazistische} neofaschistischen Partei - den "Republikanern" - der Einzug in das Westberliner Abgeordnetenhaus. Es handelt sich um eine Partei, die eine extrem nationalistische, rassistische und ausländerfeindliche Politik vertritt und deren Mitglieder in Schlägermanier mit zum Teil brutaler Gewalt gegen progressive Kräfte auftreten.

Damit ist ein deutlicher Rechtsruck im politischen Kräfteverhältnis in Westberlin eingetreten, der auch erhebliche Gefahren für die staatliche Sicherheit der DDR in sich birgt. Dieser Entwicklung ist in der politisch-operativen Arbeit mit Rechnung zu tragen.

Durch eine gezielte, zwischen den operativen Diensteinheiten koordinierte objekt-, personen- und vorgangsbezogene Aufklärungs- und Abwehrarbeit gilt es, die Pläne, Absichten und Aktivitäten dieser Partei genauestens zu verfolgen und zu analysieren, besonders hinsichtlich ihrer weiteren Profilierung und Einflußnahme auf die politische Entwicklung in der BRD sowie ihres Wirksamwerdens gegenüber der DDR und anderen sozialistischen Staaten.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000059

57

Besonders bedeutsam ist es, die Führungskräfte dieser Partei aufzuklären, festzustellen, wer hinter ihnen steht, sie finanziert bzw. unterstützt. Gegen derartige Personen einschließlich solcher Kräfte dieser Partei, die mit unterschiedlichsten provokatorischen Aktivitäten gegen die DDR u. a. sozialistische Staaten auftreten, sind Reisesperrmaßnahmen zu prüfen.

Rechtzeitig zu erkennen und aufzuklären sind insbesondere mögliche Verbindungen von Mitgliedern der "Republikaner" zu vom Operationsgebiet aus agierenden Inspiratoren politischer Untergrundtätigkeit wie z. B. JAHN, HIRSCH, FUCHS u. a., die bekanntlich stabile Kontakte zu Feinden in der DDR unterhalten. Das gilt auch für eventuelle Verbindungen zu legalen Basen des Gegners in der DDR.

Zielstrebig aufzudecken sind Kontakte feindlich-negativer Personen in der DDR, insbesondere von Kräften des politischen Untergrundes, zu den "Republikanern". Sie sind umfassend aufzuklären und unter operativer Kontrolle zu halten, um rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen einleiten zu können.

Wir sind uns im Klaren darüber, daß diese Aufgabenstellung nicht nur mit Blick auf Westberlin zu sehen ist. Wie bekannt, ist es die erklärte Absicht der "Republikaner", auch in der BRD politisch Fuß zu fassen. Zu diesem Zweck wollen sie auch in den Bundesländern anstehende Kommunal- und Landtagswahlen nutzen bzw. führen den Wahlkampf bereits in diesem Sinne.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000060

58

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die im Jahre 1989 stattfindenden Kommunalwahlen in Hessen (12. März 1989), Rheinland/Pfalz und Saarland (18. Juni 1989) sowie in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (Oktober 1989). Im Jahre 1990 stehen Landtagswahlen an in Bayern (laut Parteivorsitzendem SCHÖNHUBER sollte man in Bayern über 15 % Wählerstimmen erreichen, Westberlin ist gewissermaßen die Premiere gewesen), in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und im Saarland.

Bei der Einschätzung der politisch-operativen Lage muß in Rechnung gestellt werden, daß es auch in der DDR bereits einzelne Vorkommnisse mit neofaschistischen, antisemitischen und ausländerfeindlichen Tendenzen gab.

Ich erinnere nur an Vorkommnisse mit und entsprechende Verhaltensweisen von Skinheads, aber auch anderer jugendlicher Personenkreise.

Deshalb muß mit allen Mitteln verhindert werden, daß der erkennbare Rechtsruck in Westberlin besonders auf diese von mir genannten Personenkreise durchschlägt und sie zu entsprechenden Aktivitäten ermuntert.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf vorliegende Hinweise, wonach rechtsradikale Gruppierungen und Kräfte in der BRD und in Westberlin in Abstimmung mit Gleichgesinnten in anderen westeuropäischen Ländern beabsichtigen, im Operationsgebiet großangelegte öffentlichkeitswirksame Aktionen anlässlich des 100. Geburtstages Hitlers im April dieses Jahres durchzuführen.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000061

59

Dabei sind neben sogenannten Gedenkfeiern auch Gewaltakte gegen Mahnmale für die Opfer des Faschismus vorgesehen.
Anschläge gegen progressive Kräfte sind nicht auszuschließen.
Deshalb ist auch für uns höchste Wachsamkeit geboten. Ein Wirk-
samwerden von Personen in diesem Sinne bei uns darf es nicht geben.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000062

60

Genossen!

In letzter Zeit neben den bekannten innenpolitischen Entwicklungen in der Volksrepublik Polen auch einige beachtenswerte Erscheinungen der Haltung Polens gegenüber der DDR und der CSSR.

Verhältnis VR Polen - DDR:

Anfang Januar 1989 warf zentrale polnische Presse der DDR vor, "Zollkrieg" gegen polnische Touristen zu führen ("Schikanen" an den Grenzübergangsstellen). Angriffe wesentlich gesteigert Mitte Januar: Presse einschließlich Zentralorgan der PVAP und Regierungszeitung verbreiteten PAP-Meldung über angebliche Mißhandlungen polnischer Touristen durch Angehörige des Zolls der DDR. Kommentiert, hochgespielt, regelrechte Pressekampagne.

Bombendrohung gegen Kultur- und Informationszentrum DDR in Warschau; anonyme Anrufe und Beschimpfungen Botschaft DDR in Warschau, Generalkonsulate in Gdansk und Wroclaw ("Stalinisten", "Nazis").

Angriffe polnischer Presseagentur gegen Rede Gen. Fischer bei Abschluß KSZE-Folgetreffen in Wien, u. a. unter Verwendung von Zitaten von Shultz zur "Mauer". Angriffe gegen Außenpolitik DDR.

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000063

61

Im Dezember und Januar Angriffe der theoretischen Zeitschrift der PVAP, "Polityka", gegen gesellschaftliche Verhältnisse in DDR, Innenpolitik; auch Angriffe gegen Haltung SED zur Geschichte (angeblich auch weiße Flecken; sollte aufgearbeitet werden: Rolle KPD besonders).

Verhältnis VR Polen - CSSR:

Einführung neuer Zollbestimmungen seitens CSSR (15. 11. 1989) führte in VR Polen auch zu Angriffen gegen CSSR, besonders Hochspielen von Schwierigkeiten bei Zollkontrolle.

Ende November 1988 Bombendrohung gegen CCSR-Botschaft in Warschau wegen neuer Zollbestimmungen der CSSR.

Polnisches Außenministerium erschwert ab 5. Februar Arbeit polnischer Werktätiger in Betrieben der CSSR durch einseitige Veränderung zwischenstaatlicher Vereinbarungen über Grenz-Übertrittsdokumente dieser Personen.

Gen. Jaruzelski beabsichtigt, bei heutigem Besuch in CSSR Fragen Reiseverkehrs und Zollbestimmungen - Wiederherstellung früheren Zustandes - anzusprechen. (Will auch fordern: Schadenersatz für Verunreinigung der Oder in Höhe von 10 Mio Kronen, Erhalt von Gebieten an Grenze zur CSSR - seien Privatbesitz polnischer Bauern; CSSR bot Gebietsaustausch an, Polen lehnt das ab).

Rede von Mielke zur Unterzeichnung des Abschlussdokuments des KSZE-Folgetreffens in Wien

BStU
000064

62

Dies und anderes kommt aus Polen, wo "Solidarnosc" legalisiert wird, wo sich die oppositionellen Kräfte offen etablieren können, wo Zugeständnisse an innere Feinde gemacht werden.

Weitere Entwicklung in VR Polen erfordert höchste Aufmerksamkeit - kann spürbare Auswirkungen auf Entwicklung Verhältnisses Polens zur DDR, Verhalten polnischer Bürger bei Aufenthalt/Transit durch DDR und Wirkung auf feindliche, oppositionelle Kräfte in DDR haben. Bringt neue Anforderungen mit sich - gründlich verfolgen und einschätzen. Auch beachten, wie entwickelt sich die Lage in CSSR weiter.